

289  
**Der Gewerkeverein**

**Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.**

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postbestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine vom **Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine** (Berl.-Bund). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 73.

Berlin, Sonnabend, 14. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

**Inhalts-Verzeichnis.**

Verbandsvereine und -Genossinnen. — Die Industriellen und die Sozialpolitik. — Der Kongress der englischen Gewerkevereine. — Der Witten- und Walfisch-Bund. — Aus der Praxis der Arbeitervereine. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

**Verbandsvereine und -Genossinnen.**

Unser Ruf: „Werdet freiwillige Abonnenten für den „Gewerkeverein“! darf jetzt nicht verkümmern. Der Quartalswechsel naht. Da gilt es, die Schämigen an ihre Pflicht erinnern, die Eifrigen zu rastloser Werbearbeit immer und immer wieder anspornen.

Der Abonnementspreis für das Verbandsorgan, 65 Pfg. für das ganze Quartal und 18 Pfg. Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, ist derart niedrig bemessen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsvereine das kleine Opfer wohl bringen und auf den „Gewerkeverein“ abonnieren kann. Wer aber jederzeit im wirtschaftlichen Kampfe seinen Mann stehen will, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren.

Darum wenden wir uns wiederholt an alle diejenigen, die den Wert der Presse für die Agitation erkannt haben. Fordert in jeder Sitzung zum Abonnement auf, schreibt Euch die Namen auf, zieht selbst das Geld ein und bestreift für alle zusammen das Blatt!

**Werdet Abonnenten für den „Gewerkeverein“!**

**Die Industriellen und die Sozialpolitik.**

Der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Herr Bueck, veröffentlicht in den Verhandlungen, Mitteilungen und Berichten seines Verbandes eine größere Arbeit über: „Die Sozialpolitik im Reichstage“. Der Titel dieser Arbeit ist nicht ganz richtig gewählt. Wir glauben ihn in der Ueberschrift unseres Aufsatzes besser zu treffen. Herr Generalsekretär Bueck steht mit aller Offenheit aneinander, wie der Zentralverband der Industriellen über die Sozialpolitik denkt, und geht dabei sogar so weit, daß er die Konserwativen selbst auf Kosten derjenigen Partei lobt, der er selbst angehört, nämlich der nationalliberalen.

Die umfassende Arbeit des Herrn Generalsekretärs der organisierten Industriellen hat aber auch nach einer anderen Richtung hin gerade für uns Gewerkevereine ein besonderes Interesse. Es ist die Schilderung, wie sich der Zentralverband der Industriellen, eine wirtschaftliche Organisation, zu den politischen Parteien und ihrer Tätigkeit im Reichstage stellte. Dieser wirtschaftliche Verband hat ganz kräftig in die Wahlen und in die Politik mit eingegriffen.

Zunächst indirekt, indem die zum allergrößten Teile im Zentralverband deutscher Industrieller vereinigten Industriellen an der Wahlbewegung den lebhaftesten Antritt nahmen. Es sei kaum nötig hervorzuheben, meint Herr Bueck, daß die politischen Anschauungen der Industriellen, wenn auch im einzelnen nach Maßgabe der von den größeren politischen Parteien verfolgten verschiedenen Richtungen auseinandergehend, doch fest und unanfechtbar in der nationalen Grundanschauung wurzeln. Dementsprechend hätten

die Industriellen nicht nur persönlich an den Wahlen eifrig beteiligt und für diese in ihren eigenen Wahlkreisen erhebliche Beiträge geleistet, sondern — der Aufforderung des Zentralverbandes willig folgend — auch eine sehr bedeutende Summe aufgebracht, die allen auf nationaler Grundlage stehenden bürgerlichen Parteien, nach Maßgabe der Stärke ihrer bisherigen Vertretung im Reichstage, gleichmäßig für die Wahlen zur Verfügung gestellt worden ist. So unterstützt der Unternehmer-Verband alle auf nationalem Boden stehenden bürgerlichen Parteien, um sie so nebenher auch für sich und seine Interessen zu interessieren. Man wirkt nicht ungeschickt mit der Wurf nach der Spießseite.

Aber der Zentralverband der Industriellen ist doch nur eine wirtschaftliche Organisation, hören wir einwenden. Natürlich! Auch darüber äußert sich Herr Bueck:

„Der Zentralverband sei begründet worden zur Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber in mannigfachen höchst weitausgehenden Beziehungen und abhängig von der allgemeinen politischen Lage und der von ihr bedingten und aus ihr hervorgehenden Gesetzgebung. In Erfüllung seiner Aufgabe ist daher der Zentralverband verpflichtet gewesen, häufig genug auch die außerhalb des Kreises liegenden wirtschaftlichen Gebiete des Reiches in Betrachtungen der Regierung und der gesetzgebenden Instanzen in den Kreis seiner Tätigkeit einzubeziehen. Ganz besonders habe ich das als notwendig erwießen in Bezug auf die mit dem wirtschaftlichen Verhältnisse in untrennbarer Zusammenhang stehende Sozialpolitik im allgemeinen und auf die sozialpolitische Gesetzgebung im einzelnen. In Erfüllung seiner Pflicht habe der Zentralverband, je nachdem die ihm zur Wahrung anerkannter Interessen berührt wurden und es erforderten, die Bestrebungen der Gesetzgeber, besonders auf dem letztgenannten Gebiete entweder unterstützt und gefördert, oder er sei dem entgegen, Änderungen zu erwirken oder die bestehenden Verhältnisse zu erschüttern und zu bekämpfen. Dem Zentralverbande werde von den maßgebenden Stellen das Zeugnis nicht verweigert werden können, daß er seine Bestrebungen stets in angemessener Form geübt und in loyalster Weise betätigt habe. Die Rolle einer bedingungslosen Opposition habe er stets weit von sich gewiesen und insbesondere niemals den untuglichen Zusammenhang übersehen und unterschätzt, der zwischen der Regierung bzw. den Machthabern auf dem Gebiete der Gesetzgebung einerseits und der Industrie andererseits bestehen müsse, wenn auch die allgemeinen Interessen der Bevölkerung und des Staates gebührend gewahrt und gefördert werden und geteilt werden sollen. Daher habe mit den deutschen Industriellen auch deren Vertretung, der Zentralverband Deutscher Industrieller, den schärfsten Anteil an der mit der Aufstellung des Reichstages eingeleiteten großen Bewegung genommen, und alles, was in seiner Macht stand, aufgebracht, um die Regierung in dem von ihr angenommenen schweren Kampfe zu stützen und ihr zum Siege zu verhelfen.“

Aus dieser Art der zweifellos sehr einflussreichen politischen Betätigung des Zentralverbandes können die Gewerkevereine sehr viel lernen. Feststehend auf nationalem Boden, aber völlig unabhängig von den Parteien, also auch vom Parteifreie, hat der Zentralverband der Industriellen die Politik verfolgt, die den in ihm organisierten Unternehmern nützlich war. Und kein Mitglied dieses Verbandes, welcher politischen Richtung der einzelne auch angehört, hat daran Anstoß genommen. Der nationale Standpunkt und das eigene praktische Interesse waren stark genug, um über die politische Meinungsverschiedenheit hinweg, die speziellen politischen Interessen der Unternehmer in geschlossener Einheit energisch zu vertreten. Was wären die deutschen Arbeiter für eine

Macht, wenn sie in allen ihren Organisationen diesem Beispiele folgten, sich fernhielten von den partei- und kirchenpolitischen Einseitigkeiten, aber den nationalen Boden zur Grundlage ihrer, das praktische Arbeiterinteressi auf politischem Gebiete ins Auge fassenden Tätigkeit machten! Dann würde diese geschlossene Einheit der Arbeiter, organisiert in mächtigen Gewerkevereinen, ein ausreichendes Gegengewicht bilden können gegen den starken Einfluß der organisierten Unternehmern.

Der Unternehmer sieht sich in seiner Organisation in erster Linie als organisierter Unternehmer. Wir haben an dem Fall des sozialdemokratischen Unternehmers Peuge, über den wir im „Gewerkeverein“ berichteten, gesehen, daß auch die Sozialdemokraten, wenn sie Unternehmer sind, in guter Disziplin zum Unternehmer-Verband halten. Wären die Arbeiter stark genug, in gleicher Weise zu denken und zu handeln, könnten sie sich auch als die in einheimischem Streben zusammengefaßten Glieder der Organisation und dann erst als partei- und kirchenpolitisch besorgniste Männer, dann stände es gut um die Sache der deutschen Arbeiter und gut auch um den Fortschritt auf sozialem und politischem Gebiete. Eine so geschlossene, kraftvolle Organisation würde es gewiß verstehen, bei Wahrung der Arbeiterinteressen doch auch das Interesse der gesamten Nation im Auge zu halten. Die Parteien brauchen dann nicht in oft wenig würdiger Weise um die Gunst der Arbeiter zu buhlen und, wie es jetzt geschieht, ein dem sozialen Fortschritt keineswegs dienliches Wettrennen mitzumachen, bei dem die eine Partei immer der anderen den Rang durch möglichsste Raffinesse in sozialpolitischen Anträgen ablaufen möchte. Herr Bueck sagt, daß selbst die nationalliberale Partei von diesem Wettrennen erlöst sei und das Interesse der Arbeitgeber schon ganz außer acht lasse.

Da liegt der Hund begraben! Die Parteien sollen weder einseitige Unternehmer- noch einseitige Arbeiterinteressen vertreten. Die Partei, die es ethisch meint, hat nur eine Pflicht, das ist die Pflicht, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen! Für die Wahrnehmung der speziellen materiellen Interessen haben die Unternehmer wie die Arbeiter ihre Organisationen.

Herr Bueck will nicht zu den Scharfmachern gehören. Wenn er aber auf die freisinnigen schimpft, die ihm viel zu arbeiterfreundlich sind, und von seinen eigenen Parteifreunden, den Nationalliberalen, befürchtet, daß sie sich, um die Stimmen der Arbeiter zu bekommen, „zur Höhe der höchsten Sozialideologen“ emporzuschwingen, und sich ferner darum abmühen, die organisierten Unternehmer in das konfervative Lager zu treiben, weil man dort der „weitgehenden“ Sozialpolitik noch energischer Widerstand entgegensetze, dann wird er es begreiflich finden, wenn wir ihn unter die Scharfmacher erster Klasse rechnen.

Wir Gewerkevereiner wollen, daß die Sozialpolitik sich so gestalte, daß sie die Arbeiter getrig und materiell emporbringe, dabei aber die allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse von Gewerbe und Industrie, Handel und Landwirtschaft durchaus würdigt. Herr Bueck aber ist sehr ängstlich und fürchtet, daß schon das bisher in der sozialpolitischen Gesetzgebung Geleistete, die deutsche Industrie vom Weltmarkte verdrängen werde. Herr Bueck überlegt ganz und gar, daß mit der Förderung des Wohlstandes der Massen der Fortschritt in eigenen Lande lauffähiger wird, was er doch auch in die Rechnung seiner Bilanzation hätte einstellen müssen. Doch darüber ein andermal! Hier wollten wir zeigen, wie die organisierten Unternehmer es meisthaft verstehen, ihre Organisation in den Dienst ihrer politischen Interessen zu stellen, ohne daß die Organisation als solche ihren neutralen und von den Parteien unabhängigen Charakter verliert. K. G.







